



Erscheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.

Ämtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Verlage von Reinhold Rietschmann.
Fernspr. oder nach Berlin und Leipzig. Aufschlag Nr. 289.

Insertionspreis
für die fünfgepaltene Copie-Beile oder deren Raum 12 Pf.

Reklamen
vor dem Tagesständer die drei-gepaltene Beileseite oder deren Raum 30 Pf.

Nr. 108

Sonntag, den 10. Mai 1890.

91. Jahrgang.

Der Gesetz-Entwurf betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung.

Halle, 9. Mai.

Aus der Begründung des dem Reichstage bereits zugegangenen Entwurfs über die Abänderung der Gewerbeordnung, dessen Vorkauf in der nächsten Morgennummer unseres Blattes veröffentlicht werden wird, heben wir zunächst die folgenden allgemeinen Ausführungen hervor:

Um für die deutschen Arbeiter dasjenige Maß des gesetzlichen Schutzes herbeizuführen, das zur Zeit ohne Gefährdung der einheimischen Industrie und damit der eigenen Interessen der Arbeiter selbst gewährt werden kann, ist die Frage, welchen Abänderungen die Gewerbeordnung in ihren hierbei in Frage kommenden Theilen unterzogen werden kann, einer erneuten Prüfung unterzogen worden. Diese Prüfung, bei der auch die Verhandlungen der in unmittelbarer Abhängigkeit internationaler Konferenz berücksichtigt worden sind, ist zu dem Ergebnis gelangt, daß sämtliche Theile der Arbeiterchutzgesetzgebung, welche diese Konferenz ihrer Veranlassung unterzogen hat, soweit sie in den Rahmen der Gewerbeordnung fallen, auch für Deutschland einer weiteren Ausbildung fähig sind.

Die Sicherung der Sonntagsruhe für die Arbeiter, die bisher, abgesehen von der Bestimmung des § 105 Absatz 2 der Gewerbeordnung, lediglich auf den mannigfaltig verschiedenen Landesgesetzgebungen beruht, bedarf einer einheitlichen reichsgesetzlichen Regelung. Ueber die Beschäftigung erwachsener Arbeiter rinnen, die bisher in der Gewerbeordnung nur durch die Bestimmungen der §§ 135 Absatz 1, 139a Absatz 1, 154 Absatz 3 Berücksichtigung gefunden hat, müssen umfassendere, sämtliche Arbeiterinnen schützende Bestimmungen erlassen werden. Endlich müssen auch die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von Kindern, obwohl sie von der internationalen Konferenz aufgestellten Grundsätzen im wesentlichen schon jetzt entsprechen und über das Maß des Schutzes, das in den Gesetzgebungen der Mehrzahl der europäischen Staaten geboten wird, zum Theil erheblich hinausgehen, mit Rücksicht auf die Anforderungen, die in dieser Beziehung der Stand der Cultur und die öffentliche Meinung in Deutschland stellen, als verbesserungsfähig und -bedürftig erkannt werden.

In allen drei Beziehungen ist die Nothwendigkeit eines Fortschreitens der Gesetzgebung auch bereits vom Reichstage anerkannt und zum Gegenstand von Beschlüssen gemacht worden.

Daneben haben sich bei der vorgenannten Prüfung noch weitere Bedürfnisse herausgestellt:

Die Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit, die sich bisher auf den § 120, Absatz 1 und 3 und den § 139a, Absatz 1 beschränken, bedürfen einer weiteren Ausbildung. Der Erlaß von Arbeitsordnungen, welcher zur Vermeidung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitern mitzuwirken geeignet ist, muß vorgeschrieben und näher geregelt werden.

Der Kreis derjenigen Betriebe, auf welche die zur Regelung der Frauen- und Kinderarbeit erlassenen Bestimmungen anwendbar sind, muß über die bisher im § 154 gezogenen Grenzen hinaus erweitert werden.

Von den Motiven zu den einzelnen Paragraphen des Entwurfs erscheinen diejenigen als besonders bemerkenswerth, welche den Zweck verfolgen, die Autorität der Eltern über die jugendlichen Arbeiter zu kräftigen und das Familienleben der arbeitenden Klassen zu heben. Von besonders hervorragendem Interesse sind in dieser Beziehung die folgenden speziellen Begründungen des Entwurfs:

Zu §§ 107, 110, 113.

In den letzten Jahren mehren sich die Klagen über die Vordering der Zucht und Sittlichkeit, über das Schwinden der elterlichen Autorität bei den jugendlichen Fabrikarbeitern. Die meisten von ihnen haben nicht, wie die Handwerkslehrlinge, eine längere Lehrzeit durchzumachen und gelangen rasch zu einem für ihre Jahre reichlichen Verdienste. Ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit von den Eltern zeigt sich häufig darin, daß sie diesen Rathselb geben und, wenn die Eltern ihrer Wünsche und Launen entgegenzutreten, das elterliche Haus verlassen, um sich auswärts als Kostgänger einzumieten. Mangelnder Saftinn, übermäßiger Besuch von Wirtschaften und Tanzböden, frühzeitige leichtsinnige Heirathen oder andere Mittel, als den täglichen Verdienste, treten gerade bei solchen jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen hervor, die rasch das elterliche Haus verlassen oder die elterliche Zucht innerhalb des Fabrikbetriebes kennen gelernt haben. Ähnliche Klagen

sind auch bei den jugendlichen Bergarbeitern und in einzelnen Landestheilen auch bei Handwerksgehilfen laut geworden. Die Novelle von 1878 hat zwar durch Einführung des Arbeitsbuches und veränderte Bestimmungen gegenüber Lehrlingen und kontralbrüchigen jugendlichen Arbeitern den Vätern zu neuem Genuß, aber ohne ausreichenden Erfolg. Wenn auch diese Mißstände auf dem Wege der Gesetzgebung allein nicht bekämpft werden können, hierzu vielmehr die Mitwirkung der Kirche und Gemeindeglieder, Familie und Arbeitgeber erforderlich ist, so muß die Gesetzgebung doch versuchen, soweit es ihr möglich ist, die elterliche Autorität zu stärken und die allzugroße Bewegungsfreiheit der minderjährigen Arbeiter einzudämmen.

Nach den bisherigen §§ 107 bis 112 der Gewerbeordnung erfolgt nur die Ausstellung des Arbeitsbuches auf Antrag und mit Zustimmung des Vaters oder Vormundes. Hat letzterer seine Genehmigung dazu erteilt, daß der Minderjährige in Dienst oder Arbeit trete, so ist dieser, wenigstens nach preussischem Recht (§ 6 des Gesetzes betreffend die Geschäftsfähigkeit Minderjähriger, vom 12. Juli 1875, Gesetz Sammlung Seite 513), selbstständig zur Eingehung und Auflösung von Dienst- oder Arbeiterverhältnissen der genehmigten Art sowie zur Empfangnahme des Lohnes befugt, solange der Vater oder Vormund die erteilte Genehmigung nicht zurückzieht oder einschränkt, wozu er berechtigt ist, soweit dadurch Rechte Dritter nicht beeinträchtigt werden. Der § 107 der Gewerbeordnung verpflichtet daher den Arbeitgeber, das Arbeitsbuch nach rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses dem Arbeiter wieder auszuhandigen. Thatsächlich erfolgt daher die Kündigung bestehender und Eingehung neuer Arbeitsverhältnisse der Regel nach allein durch die minderjährigen Arbeiter, ohne daß eine Mitwirkung der Eltern oder Vormünder stattfindet. Welche Rolle die minderjährigen Arbeiter bei den Bergwerksausfällen des letzten Jahres gespielt haben, ist einmüthig; schwerlich haben auch nur einzelne derselben zum Verlassen der Arbeit die Zustimmung ihrer Eltern eingeholt.

Die vorgeschlagene Aenderung des § 107 geht dahin, daß das Arbeitsbuch von Arbeitern unter 16 Jahren nach rechtzeitiger Lösung des Arbeitsverhältnisses in der Regel nicht an den Arbeiter selbst, sondern an dessen Vater oder Vormund auszuhandigen ist, und daß auch bei Arbeitern über 16 Jahren der Vater oder Vormund verlangen kann, daß die Auszahlung an ihn erfolge. Für die Arbeitsbücher der jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren wird damit dieselbe Bestimmung getroffen, welche zur Zeit nach dem bisherigen § 137 Absatz 3 für die künftig weggelassenen Arbeitsbücher der Kinder unter 14 Jahren gilt. Diese waren gleichfalls am Ende des Arbeitsverhältnisses an den Vater oder Vormund auszuhandigen, und, wenn die Wohnung des Vaters nicht zu ermitteln war, an die Mutter oder einen sonstigen Angehörigen des Kindes. Da indessen bei jungen Leuten unter 16 Jahren öfter der Fall eintreten kann, daß die Auszahlung des Arbeitsbuches an den Vater oder Vormund wegen dessen Abwesenheit schwer zu bewerkstelligen ist, und da unter Umständen, z. B. wenn der Vater ein Trunkenbold oder sonst verkommen ist, die Auszahlung des Arbeitsbuches an ihn den Interessen des jugendlichen Arbeiters nicht entsprechen würde, so ist den Gemeindegliedern allgemein das Recht gegeben, die Auszahlung des Arbeitsbuches statt an den Vater, an die Mutter oder einen sonstigen Angehörigen oder unmittelbar an den Arbeiter selbst zu gestatten. Eine mißbräuchliche Handhabung dieser Erlaubnis ist wohl kaum zu befürchten, nöthigenfalls kann ihr durch Umwehung der Aufsichtsbehörde entgegengetreten werden. Außerdem hat nach der Eingang des § 107 eine Abänderung erfahren. Nach Landesrecht kommt es vor, daß Personen, welche das einundzwanzigste Lebensjahr noch nicht erreicht haben, als volljährig gelten oder für volljährig erklärt werden. Diese zur Führung eines Arbeitsbuches zu verpflichten, liegt kein Grund vor. Statt „Personen unter einundzwanzig Jahren“ soll es demnach künftig heißen: „Minderjährige Personen“. Wo nach Landesrecht die väterliche Gewalt nach dem Tode des Vaters ohne Einsetzung einer Vormundschaft auf die Mutter übergeht, tritt diese hier wie in §§ 110 und 113 Absatz 3 an Stelle des Vaters.

Zu § 113.

Der Absatz 2 ist dahin geändert, daß das Zeugniß auf Verlangen der Arbeiter nicht bloß auf ihre Führung, sondern auch auf ihre Leistungen auszuweisen ist.

Eine Ergänzung der Bestimmungen, die der Zuchtlosigkeit der minderjährigen Arbeiter entgegenwirken sollen, ist in dem zweiten und dritten Absätze des § 134b enthalten. Während für großjährige Arbeiter die Arbeitsordnung nur das Verhalten im Betriebe regeln soll, wird dem Arbeitgeber ausdrücklich die Ermächtigung erteilt, in der Arbeitsordnung für die Minderjährigen auch über ihr Ver-

halten außerhalb des Fabrikbetriebes Bestimmungen zu treffen. Vorschriften, wie sie z. B. die Normal-Fabrikordnung des linksrheinischen Vereins für Gemeinwohl enthält, daß Minderjährige bei ihren Eltern wohnen müssen, daß sie Zucht und Sittlichkeit nicht verletzen dürfen, ergehen dem Arbeitgeber zu neuem Genuß. Wie der Gehalt der väterlichen Zucht des Lehrherrn (§ 127) unterworfen ist, so muß es als eine moralische Verpflichtung der Fabrikbesitzer erachtet werden, auch diejenigen jugendlichen Fabrikarbeiter, welche nicht Lehrlinge sind, zu überwachen und für Aufrechterhaltung von Sittlichkeit und Zucht bei ihnen zu sorgen. Rügt sich diese Fürsorge durch die Gesetzgebung auch nicht erzwingen, so erscheint doch ein Hinweis darauf durchaus gerechtfertigt. Der letzte Absatz des § 134 führt als zuverlässigen Inhalt der Arbeitsordnung noch besonders an, daß die Auszahlung der Löhne der minderjährigen Arbeiter an diese selbst nur mit Zustimmung ihrer Eltern und Vormünder erfolgen soll und daß der Arbeiter nur mit Zustimmung dieser das Arbeitsverhältnis kündigen kann. In gleicher Weise können noch viele ähnliche Bestimmungen in die Arbeitsordnung aufgenommen werden. Statt der direkten Zahlung an die Eltern oder Vormünder kann z. B. verlangt werden, daß vor der neuen Auszahlung über den bei der vorhergehenden Lohnzahlung ausgezahlten Betrag durch Unterschrift des Vaters oder Vormundes quittirt sein muß, oder daß letzterer vierteljährlich eine Mitteilung der Lohnbeiträge des Minderjährigen ertheilt, oder daß ein Theil des Lohnes in die Sparkasse eingelegt wird. Auch ohne ausdrückliche Erwähnung im Gesetze würden in die Arbeitsordnung solche Bestimmungen aufgenommen werden können. Es erscheint aber zweckmäßig, die Fabrikbesitzer ausdrücklich auf diese Handhabung zur Stärkung der elterlichen Autorität hinzuweisen. Es ist zu erwarten, daß die Fabrikbesitzer, je mehr sie die Nothwendigkeit einer umfassenden Fürsorge für das ganze sittliche Verhalten ihrer minderjährigen Arbeiter erkennen, auch entsprechende Vorschriften in ihre Arbeitsordnung aufnehmen werden.

Zu § 120.

Für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und für die Hebung des Familienlebens der arbeitenden Klassen und namentlich der Fabrikarbeiter ist es, wie gegenwärtig allgemein anerkannt wird, von der größten Bedeutung, daß die heranwachsende weibliche Jugend zur Beschäftigung für den Beruf der Hausfrauen erzogen werde. Dazu bedarf es namentlich in den Gemeinden, wo die Mädchen schon in jungen Jahren Beschäftigung in Fabriken finden, eines geordneten Unterrichts in weiblichen Hand- und Hausarbeiten. Es sollen daher die Anstalten, in denen fortan dieser Unterricht erteilt wird, ausdrücklich als Fortbildungsschulen im Sinne dieses Paragraphen anerkannt und dadurch alle Zweifel, ob auch für diese Anstalten die Verpflichtung der Arbeitgeber zur Bewährung der für den Unterricht erforderlichen Zeit und die Zufälligkeit der Einschulung des ortsräthlichen Zwanges Platz greife, beseitigt werden.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

55. Sitzung vom 8. Mai, 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Lucius und Kommissarien.
Zunächst werden die bisher noch nicht erledigten Abg. Gegeßki, Prinz Czartorski und Dabrowski auf die Verthaltung berufen.

Den Gesetzentwurf betreffend die Unterhaltung der nicht schiffbaren Flüsse in der Provinz Schlesien beantragt die mit der Vorberatung desselben betraute Kommission abzulehnen und dafür folgende Resolution anzunehmen:

1. In Rücksicht auf die erhebliche Gefahr, welche nach den seitlich gemachten Erfahrungen eine ausgedehnte Regulierung oder Anbahnung im oberen Laufe des Flusses für die mittleren und unteren Flugsgebiete mit sich bringt, wird der Staatsregierung die Erwartung ausgesprochen, daß sie nur solche Arbeiten bei den schiffbaren Flugschiffen in Angriff nehmen und fördern werde, welche die Ueberfluthungsgefahr in den abwärts der regulirten oder in Stand gehaltenen Stellen Flugsgebieten, namentlich auch in der mittleren und unteren Ober, gegen den jetzigen Zustand nicht vermehren werden.

2. Die Erparung auszuführen, daß: a. in ausgedehnter Weise durch Staat und Provinz diejenigen Mittel bereitgestellt werden, welche erforderlich sind zur Durchführung der Unterhaltungs- beziehungsweise Mähmungsarbeiten von Privatflüssen in Schlesien auf die Kreise;

b. auch in dem Falle — wenn der Uebernahme der Unterhaltungs- beziehungsweise Mähmungsarbeiten durch die Kreise insolge elementarer Ereignisse eine Vertheuerung der Kreise übertragende Belastung eintreten sollte — die Unterhaltung vom Staat und Provinz gewährt werden wird.

3. Die Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage halbjährlich behufs Verminderung der Wasserfluthen und Behausung der Bevölkerung der Provinz Schlesien Vorzüge, welche die Einschaltung eines Landeswasserrechts als eines wirtschaftlich technischen Beitrags der Centralstelle, die Einschaltung von Strommähmern, je für ein ganzes Strom-

